

**Rede
des Fraktionssprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 23

Abschließende Beratung

**Einwanderung zukunftsfähig gestalten –
Kommunen entlasten**

während der Plenarsitzung vom 08.06.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

dieser Entschließungsantrag gehört schon zu unseren Spätlesen. Bereits im März 2015 haben wir hier das erste Mal darüber beraten.

Die Situation hat sich in der Tat verändert. Wir haben seitdem vieles erreicht, und dennoch gibt es noch eine Menge zu tun!

Die Herausforderung der schnellen Unterbringung ist der Herausforderung der Integration und Teilhabe gewichen. Und doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, scheint es wie ein Déjà-Vu.

Noch immer stellt es sich so dar, dass der Bund sich leider nur unzureichend an den Kosten der Flüchtlingshilfe beteiligt. Gerade mal rund ein Viertel trägt der Bund. Die verbleibenden Kosten müssen Länder und Kommunen schultern. Ich weiß, dass viele von ihnen am liebsten darüber hinwegsehen würden. Frei nach dem Motto *"lieber Finanzminister, mach die Schatulle auf"*.

Das kann es aber nicht sein. Der Bund steht hier genauso in der Verantwortung wie Länder und Kommunen. Noch dazu trägt der Bund die innenpolitische Gesamtverantwortung!

Wenn wir nicht in den Ländern selbst, und auch als Länder gemeinsam, zusammenhalten, schafft es der Bundesfinanzminister ein ums andere Jahr, seine *"Monstranz der schwarzen Null"* auf unsere Kosten abzufeiern. So stelle ich mir eine ausgewogene Lastenverteilung nicht vor.

Wir sind uns einig, dass die Menschen, die zu uns geflüchtet sind, eine große Chance für uns sind. Aber dafür muss, wie übrigens bei fast allen anderen Zukunftsthemen, Geld in die Hand genommen werden. Das, was aus Berlin bislang an Zusagen gekommen ist, kann bestenfalls als erster Zwischenschritt gewertet werden. Für eine gleichmäßige Verteilung der Kosten haben wir noch reichlich Luft nach oben, und ich würde mich sehr freuen, wenn diese Tatsache auch endlich mal geschlossen innerhalb der Bundesregierung vertreten werden könnte.

Seit Jahren steht die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit der Möglichkeit zur legalen Immigration im Raum. Wir mussten erleben, wie das Fehlen legaler Einwanderungsmöglichkeiten die Menschen zu Tausenden in die Hände von Schleppern getrieben hat. Und trotzdem gibt es immer noch Politikerinnen und Politiker, die getreu dem Motto „*nichts hören, nichts sehen, nichts sagen*“ Realitätsverweigerung in großem Stil betreiben.

Deutschland, meine Damen und Herren, ist ein Einwanderungsland. Es liegt an uns, bzw. genau gesagt auch wieder am Bund, diese Einwanderung human zu gestalten, den Schleusern ihre Geschäftsgrundlage zu nehmen und den zu uns Kommenden eine neue und vor allem verlässliche Perspektive zu geben!

Anrede,

es geht um mehr als diese unsäglichen Grabenkämpfe über sichere und unsichere Herkunftsstaaten. Es geht um Menschen! Unter ihnen auch sehr viele Menschen, die über das Asylverfahren versuchen, sich hier ein neues Leben aufzubauen. Für diese Menschen ist jedoch das Asylverfahren der falsche Weg. Noch dazu aussichtslos. Und dies auch für unsere Behörden, die sich mit langen, komplexen Verfahren beschäftigen müssen, obwohl die Erfolgsaussichten mehr als gering ausfallen. Hier vergeuden wir wertvolle Ressourcen, die wir besser für ein gelingendes Einwanderungssystem einsetzen sollten! Für unsere Gesellschaft und alle, die sich hier einbringen möchten und sollen.

Mit gewisser Erleichterung können wir feststellen, dass sich auch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF endlich etwas bewegt hat. Dennoch liegt man hier immer noch weit hinter einem zufriedenstellenden Arbeitstempo zurück. Dass sich die Situation heute besser darstellt, liegt vor allem daran, dass die Balkan-Route geschlossen wurde. Die mangelhafte Ausstattung des BAMFs, gerade beim Personal, ist das zentrale Problem.

Jetzt ist Zeit, Rückstände peu à peu abzuarbeiten! Doch was ist, wenn die Zahlen wieder steigen? Ich kann nur hoffen, dass der verantwortliche Bundesinnenminister am Ball bleibt und seine Behörde nicht gleich wieder auf Personalstärken alter Zeiten zusammenstreicht.

Anrede,

wir sehen, dass es nach wie vor noch sehr viel zu tun gibt. Hier in Niedersachsen müssen wir zusammenhalten, um die bereits angestoßenen Bälle am Laufen zu halten. Dieser Entschließungsantrag ist ein guter Zwischenschritt, der unsere klare Erwartungshaltung auf den Punkt bringt. Die einer offenen Gesellschaft mit verlässlicher Zukunftsperspektive für alle!

Vielen Dank.